



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Normenkontrolle der Bayerischen Staatsregierung und der Hessischen Landesregierung zur Vereinbarkeit von Vorschriften des Maßstäbengesetzes sowie des Finanzausgleichsgesetzes mit Artikel 107 i. V. m. Artikel 20 des Grundgesetzes

Schreiben des Vorsitzenden des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 2013 - Az. 2 BvF 1/13

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit der oben bezeichneten Sache in seiner Sitzung am 11. September 2013 beschäftigt.

Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung von CDU und FDP, wie folgt zu beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag gibt in dem oben genannten Verfahren keine Stellungnahme ab.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende